

FDP
Die Liberalen

77. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

QR-Code mit der
TWINT App scannen
Betrag und Zahlung
bestätigen



**JETZT
MIT TWINT SPENDEN**

EDITORIAL

**Mehr Wohnraum —
weniger Bürokratie**
von Filippo Leutenegger

Seite 3

NEWS AUS DEM KANTON

**Ja zur Steuervorlage
und zur Asylbergrenze
in unseren Gemeinden**

Seite 4 und 5

IM GESPRÄCH MIT

**Dr. Marco Portmann,
Wirtschaftswissenschaftler
und Bereichsleiter Institutionen
am Institut für Schweizer
Wirtschaftspolitik (IWP), über das
Thema «Aufblähung des Staates»**

Seite 10 und 11



Bild: André Springer

Mehr Wohnraum – weniger Umverteilung

Im Jahr 2025 werden in der Zürcher Politik wichtige Weichen gestellt. Die Wohnraumknappheit beschäftigt die Menschen im ganzen Kanton. Die FDP setzt sich konsequent dafür ein, dass mehr Wohnungen gebaut werden können. Den Plan der Linken, Wohnraum zu verstaatlichen, gilt es abzuwehren. Filippo Leutenegger, Präsident der FDP Kanton Zürich, widmet dem Thema sein Editorial (Seite 3). In dieser Ausgabe des «Zürcher Freisinn» gehen wir zudem unter anderem auf das Budget des Kantons Zürich, die Steuervorlage 17, die Asylthematik, das ungebremste Staatswachstum und unsere Personalbremse-Initiative ein.

Seite 3



Unser Land braucht die FDP

Die liberale, eindeutig bürgerliche Politik

Liebe Freisinnige

An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar hat die FDP aufgezeigt, wie wichtig unsere gradlinige, liberale politische Arbeit ist. Die Schweiz kippt je länger, je mehr nach links. Immer mehr Anspruchsgruppen melden ihre Forderungen an. Inzwischen beteiligen sich auch Teile der SVP am Ringen um Subventionen und rufen nach stets neuen Segnungen des Staats. Deshalb braucht unser Land die liberale, eindeutig bürgerliche Politik der FDP mehr denn je! Wir setzen uns ein für alle, die in diesem Land Verantwortung übernehmen. Verantwortung für das eigene Leben, für die Familie, für den Beruf, für die Gesellschaft.

Für alle, die den Wecker stellen

Den Begriff «Eigenverantwortung» kennen wir in der Schweiz schon lange. Aber es ist notwendiger denn je, dass wir uns dafür einsetzen. Denn die Koalition der Anspruchsvollen, die immer mehr Bedienung durch den Staat wollen, wächst unaufhörlich. Die FDP steht auf der Seite der Menschen, die bereit sind zu arbeiten, ihre Pflicht zu tun und sich jeden Tag für Beruf, Familie und Gesellschaft einzusetzen. Das heisst, wir kämpfen für das liberale Erfolgsmodell. Denn wir kämpfen für alle Menschen, die den Wecker stellen:

- Berufstätige, die ihrer Arbeit nachgehen und damit Wohlstand schaffen

- Unternehmerinnen und Unternehmer, die investieren und den Nachwuchs ausbilden
- Eltern, die ihr Zusammenleben frei gestalten und Familien- wie Berufsarbeit ohne steuerliche Nachteile wünschen
- Frauen und Männer, die umfassende Sicherheit und krisenfeste Infrastrukturen brauchen
- alle Bürgerinnen und Bürger, die am Erfolgsmodell Schweiz mitwirken und mitbauen

Realität statt Utopie

In den letzten Jahren haben geopolitische Verwerfungen und Krisen die Welt und die Schweiz erschüttert. Wir werden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand, Sicherheit noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unverständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, Lärmschutzverordnungen oder die Namen von Strassenschildern diskutieren. Die Schweiz braucht dringend eine Änderung der Prioritäten. Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken! Nur so ist es möglich, dass auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben.

Umweltverantwortungsinitiative gleich Verarmungsinitiative

Bestes Beispiel ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen: Sie fordert innert 10 Jahren

eine utopische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses. Um deren Ziele zu erreichen, müssten wir auf 67 Prozent unseres heutigen Konsums verzichten. Allein die Energiepreise müssten massiv angehoben werden. Das bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU. Die Schweiz würde auf das Niveau von Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar abgleiten. Übrigens: Die gleichen politischen Kräfte, welche die Umweltverantwortungsinitiative unterstützen, forderten auch industriepolitische Massnahmen für die hiesige Stahlindustrie wegen zu hoher Energiepreise – was für ein Widerspruch. Die Schweiz braucht eine liberale Umweltpolitik, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz deshalb den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen. Ich bitte Sie daher um ein NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar.

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Mehr Wohnraum – weniger Bürokratie

Editorial des Präsidenten

Die Wohnraumknappheit im Kanton Zürich ist eine Herausforderung. Die FDP setzt auf konkrete Lösungen. So kontern wir den linken Plan, mit Umverteilung und Verstaatlichung die Eigentumsrechte anzugreifen. Bauen muss entbürokratisiert werden. Dazu braucht es eine Wohnbauoffensive.

Die Wohnraumknappheit spürt man im ganzen Kanton Zürich – sie betrifft junge Familien, Senioren und Berufstätige gleichermaßen. Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt, die Hürden für den Wohnungsbau zu senken. Gemeinsam mit der SVP und Die Mitte treiben wir im Kantonsrat die Initiative für eine Taskforce voran, die Baubewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt. Der Fokus liegt auf konkreten Massnahmen, die das Bauen entbürokratisieren.

Doch während wir Lösungen aufzeigen, die dem Kanton Zürich nachhaltig helfen, verfolgt die Linke eine Umverteilungsagenda, die bestehende Probleme verschärft. Mit der Wohnschutz-Initiative, die der Regierungsrat ohne Gegenvorschlag ablehnt, wird keine einzige Wohnung gebaut – im Gegenteil. Die Initiative verlangt, dass Mietpreissteigerungen staatlich begrenzt werden. So würde ein Bürokratiemonster geschaffen. Das Beispiel Basel zeigt dramatisch, wohin dieser Weg führt: Die Zahl der Baugesuche ist dort um mehr als die Hälfte eingebrochen. Neue Vorschriften und umfassende Bewilligungspflichten blockieren jegliche Dynamik.

Zusätzlich setzt die Linke mit ihrer Verstaatlichungsinitiative auf die Idee, eine kantonale Institution mit mindestens einer halben Milliarde Franken auszustatten, um Wohnungen zu bauen, zu unterhalten und zu vermieten. Staatliche Wohnungsprogramme schaffen nicht mehr Effizienz oder bessere Versorgung.

«Was unser Kanton braucht, ist keine Umverteilung, sondern eine echte Wohnbauoffensive. Die Vorschläge der FDP schaffen Rahmenbedingungen, die Investitionen in Wohnraum wieder attraktiv machen.»

Die FDP setzt auf erleichterten Wohnungsbau, Innovation und Initiative. Barbara Franzen, Kantonsrätin der FDP, fordert mit einem Postulat die gezielte Förderung der Innenverdichtung im kantonalen Richtplan. Claudio Zihlmann, unser Fraktionschef, hat am Parteitag Ideen für eine eigene Initiative prä-



sentiert, die mehr Wohnraum ermöglichen soll. Diese Ansätze zeigen, dass die FDP aktiv an Lösungen arbeitet, statt falsche Hoffnungen in ein Verstaatlichungsprogramm zu schüren.

Was unser Kanton braucht, ist keine Umverteilung, sondern eine echte Wohnbauoffensive. Die Vorschläge der FDP schaffen Rahmenbedingungen, die Investitionen in den Wohnungsbau attraktiver machen. Wir wollen die Eigentumsrechte stärken und den Menschen im Kanton Zürich eine Perspektive bieten.

Und zum Schluss: Ich freue mich auf das Wiedersehen an unserer Delegiertenversammlung vom 21. Januar im Stadthausaal in Illnau-Effretikon. Unter anderem werden wir die Parolen zur Steuervorlage (STAF17) und zur Umweltverantwortungsinitiative fassen.

Herzlich

Filippo Leutenegger
Präsident FDP Kanton Zürich



AGENDA

4. Februar:

Hybride OP/BP-Konferenz

9. Februar: Eidgenössische Abstimmungen

21. März: Sessionsapéro



Ein breiter Schulterschluss bürgerlicher Parteien hat im Kantonsrat dem zweiten Schritt der Steuervorlage 17 (STAF 2) zugestimmt. Der Kanton Zürich soll im kantonalen Ranking nicht länger ein Schlusslicht sein. Deshalb setzt sich die Allianz aus FDP, SVP, GLP und Die Mitte für einen starken Wirtschaftsstandort ein und begrüsst den zweiten Schritt der Steuervorlage.

Der Kanton Zürich kennt neben dem Kanton Bern die höchste Steuerbelastung für Unternehmen. «Es besteht dringender Handlungsbedarf», sagt Christian Müller, FDP-Kantonsrat. Die Regierung war in der Vergangenheit zwar nicht untätig gewesen, doch andere Kantonsregierungen haben schneller reagiert. Der Kanton Zürich gehört noch immer zu den Schlusslichtern bei den Unternehmenssteuern, weil andere Kantone ihre Tarife ebenfalls massgeblich zurückgefahren haben. Die FDP befürwortet den zweiten STAF-Schritt, welcher schon bei der ersten Vorlage zu STAF angekündigt wurde. In den letzten Jahren sind jeweils mehr juristische Personen aus dem Kanton Zürich weg- als zugezogen. Mit STAF 2 setzen wir Anreize, im Kanton zu bleiben. Die geplante Reduktion des Gewinnsteuersatzes ist ein notwendiger und wichtiger Schritt, welcher massgeblich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich beiträgt.

Die breite Allianz aus FDP, SVP, GLP und Die Mitte ist der Ansicht, dass trotz eines niedrigeren Gewinnsteuersatzes der Kanton Zürich insgesamt höhere Steuereinnahmen machen wird. Die Prognose beruht auf den sogenannten dynamischen Effekten, die durch die Steuersenkung ausgelöst werden. Dazu gehören eine erhöhte wirtschaftliche

Aktivität, die Anziehung neuer Unternehmen, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und langfristiges Wachstum, die alle zu einer Vergrösserung der Steuerbasis führen.

Gemeinden, die einen hohen Anteil ihrer Gesamteinnahmen aus Steuern juristischer Personen beziehen, sollen während einer Übergangszeit durch den Kanton finanziell unterstützt werden. Denn es ist wichtig, dass der Kanton diesen Gemeinden in der Übergangsphase unter die Arme greift, um finanzielle Engpässe zu vermeiden. Durch die Senkung auf 15 Prozent statt 20 Prozent bei der Berechnung des Anteils Steuereinnahmen von juristischen Personen können mehr Gemeinden von dieser Unterstützung profitieren. Dies ist ein notwendiger Schritt, um sicherzustellen, dass alle Gemeinden gleichermaßen von den wirtschaftlichen Vorteilen der Steuersenkung profitieren.

Eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und AL argumentierte, dass eine Gewinnsteuersatzsenkung ohne Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung unausgewogen wäre, und ergriff das Referendum. Die Mehrheit im Kantonsrat hat die Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung abgelehnt. Es war der Allianz aus FDP, SVP, GLP und Die Mitte wichtig, dass mit der Vorlage kleinere und mittlere Unternehmen

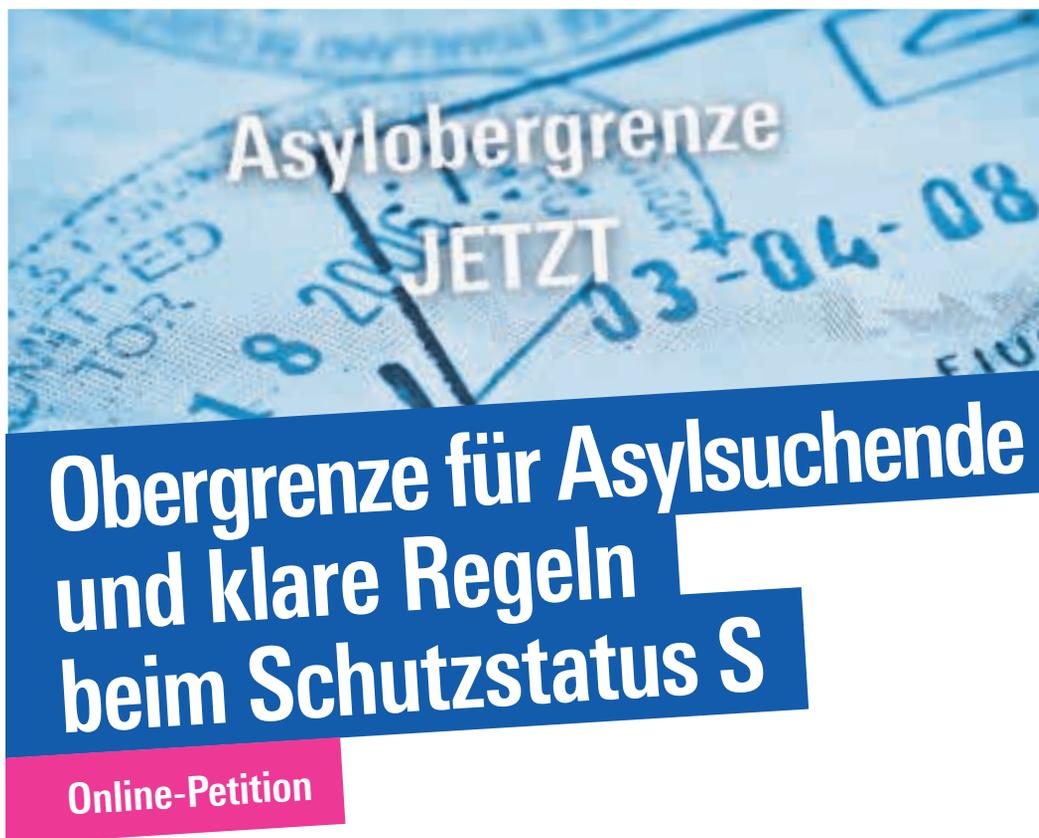
entlastet werden. Eine Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung hätte gerade diese belastet. Die KMUs sind das Rückgrat des Wirtschaftsmotors Kanton Zürich. Entsprechend hatte diese Forderung der Linken keine Mehrheit bei den bürgerlichen Parteien.

Die FDP, die SVP, Die Mitte und die GLP befürworten die mit der STAF 2 angedachten Massnahmen und sind überzeugt, dass die langfristigen Vorteile der Steuersenkung die kurzfristigen Herausforderungen überwiegen werden.

Bereits über 100 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben sich im Unterstützungskomitee für den zweiten Schritt der SV17 eingetragen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich für einen starken Standort Zürich engagieren würden. (tbi)

Mehr Informationen
finden Sie unter:
www.steuersenkung-ja.ch





Obergrenze für Asylsuchende und klare Regeln beim Schutzstatus S

Online-Petition

Die FDP Kanton Zürich unterstützt den Kurs des Zürcher Sicherheitsdirektors und fordert in der Asylpolitik eine klare Linie vom Bund. Neben einer Asylobergrenze drängt die FDP darauf, Missbräuche beim Schutzstatus S konsequent zu bekämpfen – insbesondere im Hinblick auf unrechtmässige Gesuche von Grossfamilien aus nicht umkämpften Regionen. Mit einer Online-Sammelaktion will die FDP nun den Druck auf Bundesbern erhöhen.

Das Schreiben des Zürcher Sicherheitsdirektors Mario Fehr an das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat die Diskussion um den Schutzstatus S neu entfacht. Die Sicherheitsdirektion teilte dem Bund schriftlich mit, dass der Kanton Zürich ab sofort keine Grossfamilien aus nicht umkämpften Gebieten mehr aufnehmen werde. Nun erhält die Sicherheitsdirektion Unterstützung vom Freisinn: «Es kann nicht sein, dass der Status S missbräuchlich genutzt wird. Die Gemeinden stossen bereits jetzt an ihre Belastungsgrenzen», sagt Filippo Leutenegger, Parteipräsident der FDP Kanton Zürich.

Das Thema Schutzstatus S ist ein heisses Eisen. In St. Gallen thematisierte der Kantonsrat kürzlich die Herausforderungen, die Roma-Grossfamilien für Vermieter und Behörden darstellen. Und in Bern wurde der Gesundheits- und Sozialdirektor Pierre Alain Schnegg in der NZZ mit den Worten zitiert: «Die meisten Menschen, die neu kommen und Anspruch auf den Schutzstatus erheben, sind nicht mehr direkt vom Krieg betroffen. Konkret kommen heute vor allem Roma.» Für die FDP Kanton Zürich ist klar: Es besteht Handlungsbedarf.

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind immer wieder Angehörige der Roma-Minderheit aus westlichen, nicht direkt betroffenen Gebieten in die Schweiz gekommen. In mehreren Kantonen – darunter Zürich – haben sich Fälle gehäuft, in denen unrechtmässig Schutzgesuche eingereicht wurden. «Der Schutzstatus S ist für temporären Schutz in Kriegsgebieten gedacht, nicht für ungerechtfertigte Zuwanderung. Der Bund muss endlich eine klare Linie fahren und bestehendes Recht konsequent umsetzen», so Leutenegger.

FDP will mit Online-Petition Asylobergrenze einführen

Um eine faire Verteilung und eine langfristige Entlastung der Gemeinden sicherzustellen, forderte die FDP mit einem Vorstoss im Zürcher Kantonsrat unlängst eine Obergrenze von maximal 1,0 Prozent der Einwohner pro Gemeinde. «Diese klare Grenze ermöglicht den Gemeinden, ihre Infrastruktur effizient zu nutzen und gleichzeitig Planungssicherheit zu schaffen», betont FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch. Die Asylexpertin hat zusammen mit

FDP-Kantonsrat Yiea Wey Te eine entsprechende parlamentarische Initiative eingereicht. Der Unterengstringer Gemeinderat und Kantonsrat, selbst ein Kind von ehemaligen Asylsuchenden, weiss, wovon er spricht. Seine Eltern flüchteten in den 1970er-Jahren aus Kambodscha vor dem kommunistischen Pol-Pot-Regime. «Wir nehmen die Stimmen aus der Bevölkerung und die Sorgen aus den Gemeinden ernst und wollen deshalb mit konkreter Gesetzesanpassung die angespannte Asylsituation beheben», so Te.

Kritik am Bund: Tempo erhöhen und Verantwortung übernehmen

Die FDP kritisiert den Bund scharf für die schleppende Bearbeitung von Asylgesuchen und die für 2025 geplante Schliessung von neun temporären Bundesasylzentren. «Die Entscheidung, Asylzentren zu schliessen, ist angesichts der aktuellen Situation unverantwortlich und eine zusätzliche Belastung für Kanton und Gemeinden. Wir erwarten vom Bund, dass er die Verfahren beschleunigt, Pendenzen abbaut und endlich eine konsequente Rückführungspolitik umsetzt», fordert Leutenegger. «Ohne klare Statusklärung überlasten unsere Gemeinden zusätzlich. Nur Personen mit einem anerkannten Schutzstatus oder einem rechtskräftigen Entscheid dürfen den Gemeinden zugeteilt werden.» Im Hinblick auf den Schutzstatus S fordert die FDP Anpassungen, wie sie neben der Zürcher Sicherheitsdirektion auch andere Kantone angestossen haben: «Personen, die nicht direkt vom Krieg betroffen sind, sollten zur Rückkehr ermutigt werden. Es braucht klare Richtlinien und die konsequente Aberkennung des Status bei Missbrauch», so Leutenegger.

Um den Druck auf den Bund zu erhöhen, hat die FDP Kanton Zürich eine Petition lanciert. Sie fordert die Umsetzung des FDP-Vorstosses, wonach eine gesetzliche Asylobergrenze von maximal 1,0 Prozent der Bevölkerung pro Zürcher Gemeinde einzuführen ist. Interessierte können die Petition online unter asylobergrenze-jetzt.fdp-zh.ch unterzeichnen. «Unsere Gemeinden können nicht länger die Versäumnisse des Bundes ausgleichen. Wir setzen uns für eine funktionierende Asylpolitik ein, die sowohl den Schutzsuchenden als auch den Gemeinden gerecht wird», so die FDP. (tbi)

Jetzt Online-Petition unterzeichnen:
www.asylobergrenze-jetzt.fdp-zh.ch





Budget: Ausgabenwachstum gebremst

Aus dem Kantonsrat

Der Kantonsrat hat das Budget 2025 des Kantons verabschiedet. Es sieht einen leichten Überschuss von 180,3 Millionen Franken und eine Priorisierung bei den Investitionen vor. Der Handlungsbedarf liegt auf dem Tisch: Das Personalwachstum muss gebremst, die Unternehmen müssen steuerlich entlastet werden.

Den Bürgerlichen ist es im Kantonsrat kurz vor Weihnachten gelungen, den Ausgabenschlendrian der Linken einigermaßen im Zaum zu halten. Das Budget des Kantons Zürich sieht nun einen Ertragsüberschuss von 180,3 Millionen Franken vor – bei Ausgaben von fast 20 Milliarden Franken. Das Budget 2025 stellt sicher, dass der Kanton Zürich finanziell solide bleibt. Richtig ist auch die erstmalige Priorisierung der Investitionen, um eine übermässige Verschuldung des Kantons zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich langfristig zu stärken.

Zu denken gibt, dass das Ausgabenwachstum des Kantons weiter zunimmt, von 18,8 Milliarden in der Rechnung 2024 auf 19,6 Milliarden im Budget 2025. Dass die Linke dennoch von einem «No-Future»-Budget spricht, ist entlarvend: Es zeigt, dass sie das Geld am liebsten mit beiden Händen ausgeben. Die Blockadehaltung der Linken war erfreulicherweise erfolglos.

Ein Schlaglicht wirft das Budget auf das Personalwachstum. Im kommenden Jahr sollen rund 1100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Dieses Wachstum ist überproportional im Vergleich zum Bevölkerungswachstum. Diesem Trend muss

Einhalt geboten werden. Das Wachstum der Verwaltung sollte nicht grösser, ja aufgrund von Skaleneffekten eher geringer ausfallen als das Bevölkerungswachstum. Deshalb lanciert die FDP Kanton Zürich die Personalbremse-Initiative (siehe Seite 11).

Entscheidend ist die Sicherung der Einnahmen. Namentlich bei den Unternehmenssteuern zeigt sich Handlungsbedarf. Dieser ist gross und ausgewiesen. Im Steuerbelastungsmonitor von BAK Economics rangiert der Kanton Zürich auf dem 25. von 26 Plätzen – nur Bern besteuert höher. Seit 2006 hat Zürich 12 Ränge eingebüsst. Allein im Jahr 2022 haben 137 Firmen mehr den Kanton verlassen, als aus anderen Kantonen nach Zürich zugezogen sind. Die Steuervorlage 17 ist ein wichtiger Schritt, um die Attraktivität des Kantons Zürich zu erhalten und somit auch das Steuersubstrat der Firmen zu sichern. Vorgesehen ist eine moderate Senkung des Gewinnsteuersatzes um einen Prozentpunkt. Damit wäre Zürich noch lange kein Tiefsteuernkanton. Die Massnahme ist aber ein wichtiges Signal für einen starken Standort und trägt dazu bei, bestehende Unternehmen im Kanton zu halten. (asü)

Diese Anträge zum Budget 2025 wurden von der FDP im Zürcher Kantonsrat eingereicht und behandelt.



1. KEF-Erklärung: Halbierter Teuerungsausgleich für kantonale Angestellte in der KEF-Periode 2026–2028

FDP-Kantonsrat Martin Huber hat den Antrag gemeinsam mit Marc Bochsler (SVP) mit unterzeichnet. Der Teuerungsausgleich für kantonale Angestellte liegt derzeit massiv höher als jener im privaten Sektor. Für KMUs und das Gewerbe wird es dadurch zunehmend schwierig, mitzuhalten – eine klare Wettbewerbsverzerrung. Die FDP ging mit Erfolg dagegen vor. (jka)

2. Allgemeine Budgetkürzung: Neu 250 Millionen statt 200 Millionen gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats

Der Globalkürzungsantrag von FDP-Kantonsrat Beat Habegger hatte zum Ziel, die Kantonsfinanzen langfristig im Gleichgewicht zu halten. Aus Sicht der FDP gab es im aufgeblähten kantonalen Budget weiterhin erhebliches Sparpotenzial. Der Antrag konnte erfolgreich durchgesetzt werden. (jka)

3. Kürzungsanträge von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois: Mitarbeiterwachstum an Universitäten soll im Verhältnis zur Studierendenzahl bleiben

In den letzten Jahren zeigte sich vermehrt eine bedenkliche Tendenz: Die Mitarbeiterzahl an den Hochschulen wuchs deutlich stärker als die Zahl der immatrikulierten Studierenden. Mit einem Antrag von Marc Bourgeois wurde genau dieses Missverhältnis adressiert. Denn aus unserer Sicht ist es unverständlich, weshalb das Stellenwachstum die Zunahme der Studierenden übersteigen sollte.

Dieser Antrag steht im Einklang mit der **Personalbremse-Initiative**, die die FDP Kanton Zürich im Jahr 2025 lancieren wird (mehr dazu auf Seite 11). Ziel dieser Initiative ist es, das Wachstum des kantonalen Personals an die Bevölkerungsentwicklung im Kanton zu koppeln. Der oben erwähnte Antrag bringt jetzt bereits gezielte Verbesserungen in einem spezifischen Bereich. (jka)

Interview mit Kantonsrat Beat Habegger zum Budget 2025

Aus dem Kantonsrat

Der Zürcher Kantonsrat hat vor Weihnachten das Budget 2025 unter Dach und Fach gebracht. Das Parlament folgte weitgehend dem Antrag der Finanzkommission und verbesserte den budgetierten Überschuss für 2025 auf 180 Mio. Franken. Für Beat Habegger, Kantonsrat (FDP) und Mitglied der Finanzkommission, zeugt das Budget von finanzpolitischem Verantwortungsbewusstsein.

Herr Habegger, was war für Sie persönlich «Lust und Frust» der Budgetdebatte?

Positiv ist, dass die «Finanzkoalition» von FDP, SVP, GLP und Mitte insgesamt an einem Strick zog und wir ein Budget mit einem soliden Überschuss verabschieden konnten. Nachdenklich stimmt mich, dass die Linke Jahr für Jahr das Budget ablehnt, obwohl die Veränderungen durch den Kantonsrat minim sind und sie mit mehreren Mitgliedern im Regierungsrat vertreten ist. Das halte ich für verantwortungslos.

Die bürgerliche Mehrheit hat das Budget des Kantons gegenüber dem Antrag des Regierungsrats gekürzt. Wo haben Sie angesetzt?

Fakt ist, dass der budgetierte Aufwand des Kantons Zürich gegenüber dem letzten Jahr um mehr als 800 Mio. steigt. Im letzten Jahr wurden sogar rund 1,1 Mia. mehr budgetiert. Das sind enorme Aufwandsteigerungen, die wir uns nur leisten können, weil auch die Erträge wachsen. Übrigens steigen die Steuererträge weiter an, obwohl wir letztes Jahr eine kleine Senkung des Steuerfusses durchsetzen konnten. Gekürzt hat der Kantonsrat höchstens «minimalinvasiv», zum Beispiel in der Bildungsverwaltung oder dem Justizvollzug, wo die Kosten teilweise aus dem Ruder zu laufen scheinen.

Die linke Ratshälfte spricht von einem «No-Future-Budget», weil mit der Priorisierung der Investitionen diverse Projekte etwas nach hinten geschoben werden. Was entgegnen Sie?

Ich kann mit diesem Begriff gar nichts anfangen. «No Future» ist für mich eher, Schulden auf Kosten der nächsten Generationen anzuhäufen. Genau das wäre passiert, wenn der Regierungsrat nichts gemacht hätte: Die Schulden hätten sich über die

nächsten vier Jahre verdoppelt! Eigentlich muss das Ziel des Kantons sein, seine Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Davon sind wir weit weg.

Wie stellt die FDP sicher, dass Kürzungen im Budget nicht die Attraktivität des Kantons Zürich als Wirtschaftsstandort beeinträchtigen, insbesondere in Bereichen wie Bildung, Infrastruktur und Innovation?

Der Kanton Zürich investiert unverändert über die Planperiode 2025–2028 rund 5,1 Mia. Franken in unsere Infrastrukturen, in Bildung oder Forschung. Das stärkt unseren Wirtschaftsstandort und natürlich grundsätzlich die Lebensqualität im Kanton.

Es ist richtig, dass der Regierungsrat alle geplanten Investitionen nun jährlich systematisch bewertet und priorisiert. Längst nicht alles, was als unverzichtbar erklärt wird, braucht es tatsächlich. An Wünschen fehlt es bekanntlich nie. Aber die Erfahrung zeigt, dass es selten schadet, eine Ausgabe und auch eine Investition nochmals zu hinterfragen und dann gefestigt zu entscheiden.

Mit der geplanten «Personalbremse»-Initiative will die FDP das Wachstum des Staatspersonals begrenzen. Wie stark ist der Handlungsbedarf aus Ihrer Sicht des Finanzpolitikers?

Der Personalaufwand ist ein wesentlicher Faktor im Staatshaushalt. Der Kanton Zürich schafft 2025 1142 zusätzliche Stellen. Allein in den sieben Direktionen und der Staatskanzlei sind es 665 Stellen nach 883 im Vorjahr. Es ist nicht nachhaltig, die Verwaltung Jahr für Jahr so stark auszubauen. Deshalb ist der Handlungsbedarf absolut gegeben.

«Längst nicht alles, was als unverzichtbar erklärt wird, braucht es tatsächlich.»



Beat Habegger vertritt seit 2015 die Stadtzürcher Kreise 11 und 12 (Zürich Nord) im Zürcher Kantonsrat. Seit 2023 ist er Mitglied der Finanzkommission; davor war er Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Beruflich arbeitet er seit 2023 als Co-Institutsleiter an der FHNW Hochschule für Wirtschaft. Er ist verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Töchtern.

AUS DEM REGIERUNGSRAT

Selbstfahrender ÖV: Ein grosser Schritt zur Mobilität von morgen

Wenn es um Fortschritt, Pioniergeist und Innovation geht, dann ist der Kanton Zürich wie gewohnt vorne mit dabei. Deshalb will unser Kanton europaweit als einer der ersten automatisierte Fahrzeuge ohne Chauffeur im ÖV in einem grösseren Gebiet einsetzen. Die Testphase startet diesen Frühling in mehreren Gemeinden im Furttal.

Um die Erfolgchancen zu maximieren, haben wir starke Partner gewählt. Die SBB arbeiten wie der Kanton Zürich an der Mobilität von morgen. Das Swiss Transit Lab ist ein führendes Kompetenzzentrum für den öffentlichen Verkehr. Die Furttaler Gemeinden sind von den Vorteilen für ihre Bevölkerung überzeugt und stellen das Testgebiet. Hinzu kommen das Astra, die Verkehrsbetriebe Glattal, Eurobus ... die Liste ist lang. Denn es ist eine komplexe Aufgabe, diesen grossen Schritt in die moderne Mobilität zu organisieren.

Wir müssen zahlreiche Faktoren berücksichtigen, berechnen und bedenken. Wie gestaltet sich der rechtliche Rahmen? Wie werden die Sicherheit und der Datenschutz gewährleistet? Was muss die Technik können? All das und noch viel mehr müssen und müssen wir sorgfältig planen, abstimmen – und dann auf die Strasse bringen.

Das Projekt wird das Verhalten und die Wahrnehmung der Menschen ändern. Deshalb ist es

matchentscheidend, dass das automatisierte Fahren nicht einfach durchgesetzt wird. Nein, wenn das Projekt reüssieren will, müssen die Fahrgäste dahinterstehen. Dazu müssen sie miteinbezogen und mitgenommen werden. Das ist mir persönlich ein grosses Anliegen. Deshalb gehen wir vor Ort in die Gemeinden und erklären die Vorteile.

Und die sind mannigfaltig: In erster Linie erhält die Bevölkerung eine bessere Anbindung und ein vielfältigeres ÖV-Angebot. Doch der potenzielle Nutzen geht weit darüber hinaus: So schont automatisiertes Fahren ganz generell die Umwelt durch eine effizientere Fahrweise und führt dank optimierten Routen auch zu weniger Staus. Dann hat das automatisierte Fahren das Potenzial, die Zahl der Unfälle im Strassenverkehr zu reduzieren. Hinzu kommen wirtschaftliche Vorteile durch Kosteneinsparungen.

Automatisiertes Fahren ist auf breiter Front zwar noch Zukunftsmusik – doch gerade deshalb muss

jetzt mit Hochdruck an dieser technologischen Revolution gearbeitet werden. Damit unser Kanton die Mobilität von morgen gestalten kann.



Carmen Walker Späh,
Regierungsrätin FDP Kanton Zürich

AUS DEN ORTSPARTEIEN

Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus drei Ortsparteien präsentiert. Erfahrt, wie Freisinnige sich für eine steuerfreundliche Gemeindepolitik einsetzen, beim Herbstmarkt präsent sind und mit Charme und Kreativität Zuzügerinnen und Zuzüger willkommen heissen. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter info@fdp-zh.ch.



Brütten

**Steuerfuss sinkt:
Überraschungsantrag
zahlt sich aus**

Mit einem taktischen Überraschungsantrag für eine Steuerfussreduktion hat die FDP Brütten an der Budget-Gemeindeversammlung 2023 für Wirbel gesorgt. Zwar wurde der Antrag damals sehr knapp abgelehnt, hat nun aber für das gewünschte Umdenken gesorgt: Für 2025 hat der Gemeinderat Brütten von sich aus eine Senkung des Steuerfusses um vier Prozentpunkte auf 85 Prozent beantragt, was an der Gemeindeversammlung Mitte Dezember fast einstimmig angenommen wurde. Das zwingt zu Kostendisziplin und Fokussierung auf die wichtigsten und dringendsten Investitionen.



Illnau-Effretikon

**«Illnau-Effretikon-Blickpunkt»:
ein Sprachrohr für liberale
Anliegen**

Die FDP Illnau-Effretikon publiziert halbjährlich eine kostenlose Publikation namens «ILEF-Blickpunkt», die an alle Haushalte der Stadt verteilt wird. Sie ermöglicht es der Ortspartei, regelmässig liberale Positionen und Lösungen einer breiteren Öffentlichkeit aufzuzeigen.

Bewusst spricht die FDP in ihrer Publikation auch «heikle» Themen mit klarer Sprache an. Die Ortspartei ist bestrebt, den Dialog mit der Bevölkerung zu führen und das konkrete Engagement liberaler Persönlichkeiten sichtbar zu machen. (jka)



Dübendorf

**Abstimmung vom Nov. 2024:
Dübendorf erteilt linker Wohn-
baupolitik eine klare Abfuhr**

Dank der erfolgreichen Abstimmungskampagne der FDP Dübendorf hat die Bevölkerung die kontraproduktiven und kaum finanzierbaren Scheinlösungen der SP-Initiative «Dübendorf für alle» mit 59 Prozent deutlich abgelehnt. Anstatt den Markt durch staatlich subventionierte Wohnungen und den Vorkauf von Land für wenige zu manipulieren, setzt die FDP auf Verdichtung und sinnvolle Rahmenbedingungen für privates Bauen. «Denn nur mehr Wohnungsbau führt zu einem höheren Angebot und letztlich auch zu angemessenen Mieten», so der Parteipräsident Stefan Angliker.

Jahresschlussessen

Ein stimmungsvoller Jahresabschluss

Am Freitag, 29. November 2024, nahmen rund 200 Personen am Jahresschlussessen im Restaurant Roof Garden an der Zürcher Bahnhofstrasse teil. Der «Gaht's-no!-Priis» 2024 für die absurdeste Bürokratiegeschichte wurde verliehen. Die Gewinnerin ist Ivette Djonova, Vorstandsmitglied des Bundes der Steuerzahler. Es ging stellvertretend um den Fall der Rentnerin Sonja Lamberger aus Dietikon, die vom Steueramt betrieben wurde, weil sie versehentlich den Einzahlungsschein 2024 statt jenen aus dem Jahr 2023 verwendet hatte. (jka)



ZÜRCHER JUNGFREISINN

Mitgliederzuwachs, personelle Wechsel und kantonale Initiative

Im Jahr 2024 fanden 68 Events der Jungfreisinnigen im Kanton Zürich statt – 10 davon von der kantonalen Partei, die restlichen in unseren sieben Sektionen. Dazu gehörten Mitgliederversammlungen, spannende Stämme mit Führungen durch diverse Unternehmen sowie einige gesellschaftliche Anlässe wie Sommerfeste, Parteidreisen und Weihnachtsessen.

Im März durfte ich das Präsidium der Jungfreisinnigen Kanton Zürich übernehmen, nachdem Luis Deplazes nach drei erfolgreichen Jahren – geprägt von Gemeinderats-, Kantonsrats- und Nationalratswahlen – sein Amt niederlegt hatte. Am 13. Januar 2024 trat das erste Neumitglied des Jahres bei, das letzte am 24. Dezember. Dazwischen noch 93 andere – ein starkes Zeichen für das politische Interesse der jungen Zürcherinnen und Zürcher.

Statt leere Forderungen zu stellen und zu streiken, widmeten wir uns am 1. Mai der Ausarbeitung einer kantonalen Initiative. Mehrere Ideen wurden präsentiert und anschliessend in Arbeitsgruppen weiterentwickelt.

Ein weiteres Highlight war die Verleihung des Liberal Award. Dieses Jahr wurde Bundesrat Guy Parmelin für den Abschluss des Freihandelsabkommens mit Indien ausgezeichnet – ein gelungener Anlass.

Das Jahr endete mit einem gemütlichen Fondueessen im Gondel-Gärtli. Gemeinsam blickten wir auf 2024 zurück und starteten mit neuer Energie ins neue Jahr – bereit, uns weiterhin für die liberale Sache einzusetzen.

Lea Sonderegger,
Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich

Kolumne FDP Frauen Kanton Zürich

Mehr Mut statt Mimimi im Jahr 2025



Fabienne Farner

Vizepräsidentin FDP Frauen Kanton Zürich

Die Batterien sind über die Festtage getankt, die Bäuche gefüllt, und das neue Jahr verleitet dazu, hoffnungsvoll und optimistisch in die Zukunft zu blicken: Was wünsche ich mir für 2025? Das Leben ist kein Wunschkonzert, aber es hilft, wenn man weiss, was man will.

2025 – ein frisches Jahr, voller Möglichkeiten. Aber mal ehrlich: Wäre es nicht an der Zeit, die ewigen «Man müsste mal»-Sätze gegen ein entschiedenes «Wir machen das jetzt» auszutauschen? Ganz egal, ob in der Politik, im Berufsleben oder im Privaten: Den Macherinnen und Machern gehört die Welt. Denjenigen, die nicht darauf warten, dass sich die Dinge von selbst erledigen, sondern entschlossen die Ärmel hochkrepeln.

Als Liberale wissen wir: Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist ein Privileg, das gestaltet, verteidigt und erarbeitet werden will. Sie gibt uns die Chance, unser Leben nach eigenen Vorstellungen zu formen. Doch mit dieser Freiheit kommt Verantwortung.

Wer etwas bewegen möchte, braucht keine Ausreden, sondern Entschlossenheit. Wie oft bremsen wir uns selbst aus mit einem «Das kann ich nicht» oder «Das klappt eh nicht»?

Für das Jahr 2025 wünsche ich uns allen mehr Mut. Mut, Dinge anzugehen, auch wenn sie unbequem sind. Mut, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie Risiken bergen. Mut, Fehler zu machen und daran zu wachsen. Oder kurz: einfach mal machen. Ja, es könnte schiefgehen. Aber weisst du, was noch schlimmer ist? Nichts tun.



Der Leistungskatalog sollte ohne Tabus disk

Interview mit Dr. Marco Portmann

Die Zahl der Staatsangestellten wächst stetig, und die Grenzen zwischen staatlichen und privaten Aufgaben verschwimmen immer mehr. Marco Portmann, Wirtschaftswissenschaftler und Bereichsleiter Institutionen am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP), warnt vor den Folgen dieser Entwicklung. Auch im Kanton Zürich besteht für ihn Handlungsbedarf.

Herr Portmann, wenn Sie von einer «Aufblähung des Staates» sprechen, welche Entwicklungen in der Schweiz belegen diesen Trend?

Wir geben heute pro Kopf 30000 Franken für den Staat aus. Das ist inflationsbereinigt ein Viertel

mehr als Mitte der 1990er-Jahre. Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern ist der Anteil des Staates und staatsnaher Branchen an der Beschäftigung und der Wirtschaftsleistung seit dem Jahr 2000 stark gestiegen. Mit 28,5 Prozent staat-

lich gelenkter Preise führt die Schweiz die europäische Rangliste an. In den letzten 50 Jahren ist die Regulierungsaktivität förmlich explodiert, gemessen an den Erlassen von Bund und Kantonen. Dies zeigt: Der staatliche Fussabdruck wird grösser.

Worauf führen Sie das starke Staatswachstum zurück? Ein Naturgesetz ist es nicht.

Es ist kein Naturgesetz, aber wir haben uns von einem schlechten Autopiloten durch 20 Jahre mit Wirtschaftswachstum leiten lassen: der Staatsquote, dem Verhältnis der Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung. Die Quote blieb konstant. Nur misst sie erstens nicht den ganzen staatlichen Fussabdruck. Zweitens steigen mit der Wirtschaftsleistung die Staatseinnahmen. Das heisst aber nicht, dass der staatliche Handlungsbedarf aus ordnungspolitischer Sicht im Gleichschritt wächst. Ist Geld vorhanden, sind die Stimmen der Partikularinteressenten, ausgabenfreudigen Politiker und Anhänger des



Marco Portmann leitet den Bereich politische Rahmenbedingungen beim IWP. Aufgewachsen ist er in einem Luzerner Vorort. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg, wo er auch zum Dr. rer. pol. promoviert wurde. Als Oberassistent lehrte er in Freiburg in den Bereichen Aussenwirtschaft, ökonomische und institutionelle Ungleichheit sowie Geschlechterökonomie. Marco Portmann arbeitete bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, wo er sich mit vielfältigen steuerpolitischen Themen befasste. Am IWP knüpft er an seine umfangreiche Forschungstätigkeit in der politischen Ökonomie an.

utiert werden

Nanny-Staates aber meist lauter als jene der Sparer.

Die Welt wird komplexer. Ist es da nicht logisch, dass auch der Staat «aufrüsten» muss?

Das stimmt teilweise. Ehrlicherweise wuchsen die Staatsaufgaben auch, weil wir sie uns leisten konnten. Das Problem an der komplexer werdenden Welt ist für den Staat, dass gerne neuer Regulierungsbedarf gefunden wird, für den Abbau des regulatorischen Altbestands setzt sich hingegen niemand ein.

Wie zeigt sich die Situation im Kanton Zürich? Ist Zürich Musterschüler oder Sorgenkind?

Hinsichtlich der Regulierungsaktivität hat sich der Kanton Zürich in den letzten 20 Jahren vom Mittelfeld auf den vierten Platz vorgearbeitet. Die Verwaltungsausgaben des Kantons und der Gemeinden sind stark gewachsen; pro Kopf geben heute nur Basel-Stadt und Genf mehr für das Verwaltungspersonal aus als Zürich.

Der Staat wächst – und schnappt sich begehrte Fachkräfte. Der Staat tritt aber auch qualitativ mit hohen Löhnen als Konkurrenz zur Privatwirtschaft auf. Wie problematisch ist dies aus Ihrer

Sicht für den Arbeitsmarkt?

Die staatlichen Löhne schaffen erstens Druck auf die Löhne in der Privatwirtschaft – dabei gilt die Schweiz sowieso schon als teurer Produktionsstandort. Zweitens dürften die hohen Löhne und das grosse staatliche Stellenangebot bereits die Berufswahl der Jungen prägen. Drittens führt eine grosse Zahl von Angestellten beim Staat und bei staatsnahen Institutionen zu einer Verschiebung der politischen Präferenzen zu mehr Staatsfreundlichkeit und Marktskepsis. Viertens weicht die Privatwirtschaft wegen der staatlichen Konkurrenz auf Fachkräfte aus dem Ausland aus. Angesichts des steigenden Drucks auf das Wohnungsangebot und die öffentliche Infrastruktur ist das problematisch.

Der Staat übernimmt zunehmend Aufgaben von der Privatwirtschaft. Welche Konsequenzen hat diese Verschiebung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft?

Es gibt sogenannte öffentliche Leistungen, die der Markt nicht erbringen kann. Die innere und die äussere Sicherheit, die Umverteilungsfunktionen und gewisse Infrastrukturprojekte kann nur der Staat bereitstellen.

Bei allen anderen Aufgaben ist der Markt schlicht effizienter: Preissignale zeigen auf, was gefragt und was knapp ist, die Entscheidungswege sind kürzer, die Anreize für Innovationen sind besser. Das sagt nicht nur die Wirtschaftstheorie, das zeigen fast ausnahmslos alle industriepolitischen und planwirtschaftlichen Experimente.

Wie können die Kantone, wie kann Zürich den Trend des Staatswachstums bremsen, ohne wichtige Leistungen für die Bevölkerung zu gefährden?

Aus der vorherigen Antwort folgt, dass auch der heutige Leistungskatalog ohne Tabus diskutiert werden sollte. In vielen Kantonen besteht noch Potenzial zum Ausbau der direktdemokratischen Mittel wie dem Finanzreferendum. In Zürich ist indes eher über eine Regulierungs- oder Personalbremse nachzudenken. Mögliche Einwände lassen sich mit den Erfahrungen zur Schuldenbremse entkräften: So hat die Schuldenbremse in der Schweiz beispielsweise zu keinem Investitionsstau geführt, sondern zu einer besseren Prioritätensetzung.

In einem neuen Video für Social Media bezeichnet sich das kantonale Steueramt als «Antrieb der Gesellschaft». Die FDP findet das einen Hohn für die Steuerzahler. Deshalb haben wir eine Umfrage für Sie vorbereitet:

Wer ist der Antrieb unserer Gesellschaft? Ämter vs. Steuerzahler?



Hier geht's zur Umfrage:
www.amtsantrieb-nein.fdp-zh.ch

Kantonale Volksinitiative für eine Personalbremse:



Macht die Verwaltung schlanker

Die Verwaltung wird immer grösser und immer teurer. So arbeiteten letztes Jahr 38 596 Personen (FTE) beim Bund, 2018 waren es noch 36 522. Allein in den vergangenen fünf Jahren sind also mehr als 2000 Vollzeitstellen hinzugekommen, eine Steigerung von 5,7 Prozent. Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz ist im gleichen Zeitraum «nur» um rund 4,9 Prozent gewachsen. Die Verwaltung ist auf Bundesebene also stärker gewachsen als die Bevölkerung. Ein Ende ist nicht in Sicht. Hinzu kommt: Die Löhne der Angestellten liegen durchschnittlich 12 Prozent über denen in der Privatwirtschaft.

Im Kanton Zürich ist die Lage ähnlich: Die Verwaltung bietet knapp 30 000 Vollzeitstellen. 2025 sollen 1100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Auch dieses Wachstum ist überproportional im Vergleich zum Bevölkerungswachstum, und hier gilt ebenfalls: Diese Staatsstellen sind überdurchschnittlich gut bezahlt.

Man würde erwarten, dass die Verwaltung Grössenvorteile erzielt. Entsprechend sollte das Stellenwachstum geringer ausfallen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Zudem würde man meinen, dass in Zeiten der Digitalisierung Prozesse einfacher werden, es also für dieselbe Arbeit weniger Angestellte braucht. Fehlanzeige auch hier. Problematisch ist ferner, dass die hohen Löhne den Staat zu einem mächtigen Konkurrenten der Privatwirtschaft machen. Gleichzeitig erschweren zunehmende Regulierungen den (Geschäfts-)Alltag.

Es braucht deshalb eine Personalbremse. Die Verwaltung darf nicht stärker wachsen als die Bevölkerung. Ziel ist es, dass wir eine entsprechende Initiative im Herbst lancieren.

Matthias Müller,
Vizepräsident FDP Kanton Zürich

AUS DEM NATIONALRAT

Stahl Gerlafingen: Ordnungspolitischer Sündenfall

Am Ende kann man es nennen, wie man will. Subventionen bleiben Subventionen und Industriepolitik bleibt Industriepolitik. Mit den Subventionen für die Stahlwerke sägt das Schweizer Parlament am Ast, auf dem es sitzt und seinen Wohlstand aufgebaut hat. Die Schweiz braucht gute Rahmenbedingungen und keine Industriepolitik.

Unter dem tosenden Beifall der Gewerkschaften hat sich in der Causa «Stahl Gerlafingen» eine schamlose Koalition der Subventionsjäger durchgesetzt. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird eine Branche unterstützt, die unter einem Überangebot leidet.

Griff in den Giftschränk

In der vergangenen Wintersession beschloss das Parlament, dass der Bund den angeschlagenen Schweizer Stahl- und Aluminiumwerken unter die Arme greifen soll. Vier «strategisch wichtige» Werke der Branche sollen für eine Übergangszeit von vier Jahren weniger für ihren Strom bezahlen. Bis zu 37,4 Millionen Franken können Stahl Gerlafingen im Kanton Solothurn, Steeltec in Emmenbrücke (LU) sowie die Aluminiumgiessereien Constellium und Novelis in Siders (VS) dank Preisnachlässen beim Stromeinkauf sparen. Die Kosten

müssen solidarisch von den Schweizer Stromkonsumenten getragen werden. Damit hat das Parlament in den Giftschränk der politischen Massnahmen gegriffen und betreibt Industriepolitik.

Linke Schizophrenie

Das Verhalten der Grünen und Linken ist geradezu schizophren. Einerseits unterstützen sie die Umweltverantwortungsinitiative, die am 9. Februar zur Abstimmung kommt und den Verbrauch in der Schweiz um 70 (sic!) Prozent senken sowie Energie (Durchleitungskosten) massiv verteuern will. Praktisch im gleichen Atemzug unterstützen sie die grössten Emittenten mit Millionenbeträgen. Das ist heuchlerisch!

Stromoffensive statt Subventionswettlauf

Klar ist, dass die hohen Energiepreise ein Problem sind. Hier büsst die Schweiz heute für die verfehlte

Energiepolitik sowie für die Versäumnisse der letzten Jahre. Wir brauchen endlich eine Stromoffensive und keinen Subventionswettlauf. Der Wohlstand und die starke Industrie der Schweiz basieren auf verfügbarer und günstiger Energie, nicht auf staatlichen Bezuschussungen.

Die Schweiz ist gut beraten, dass der ordnungspolitische Sündenfall «Stahl Gerlafingen» ein Einzelfall bleibt.



Andri Silberschmidt,
Nationalrat
und Vizepräsident
FDP Schweiz

A hand holding a blue and yellow megaphone against a light blue background. The megaphone is pointed towards the right. The text is in white and light blue.

Hier könnte
Ihre Werbung
stehen!

Interessiert? Für ein Inseratangebot melden
Sie sich bitte unter info@fdp-zh.ch.



NZZ

Gemacht für

Denkblockaden

Journalismus.

Nein zur Verarmungsinitiative

Eine Mogelpackung namens «Umweltverantwortungsinitiative»

Die Grünen wollen die Schweiz mit einer Volksinitiative zurück in die Steinzeit katapultieren. Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde. Bei solchem Unsinn macht die FDP nicht mit. Deshalb haben wir die Führung der bürgerlichen Allianz gegen die Verarmungsinitiative übernommen.



Die Schweiz müsste so arm sein wie diese Länder:

Afghanistan, Angola, Bangladesh, Burundi, RD Congo, Érythrée, Haïti, Madagascar, Malawi, Mozambique, Népal, Pakistan, Tadjikistan, Rwanda, Timor-Leste

Am 9. Februar stimmt die Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (siehe Infobox) der Jungen Grünen ab. Eine Annahme der Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe auf Gesellschaft und Unternehmen zur Folge. Bund und Kantone müssten zu rigorosen Regulierungen und massiven Lenkungsmassnahmen greifen, um die Reduktion innert der gesetzten Frist von 10 Jahren zu erreichen. Betroffen wären insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Wohnen. Global gesehen wäre die Wirkung der Initiative minimal. Der massive Wohlstandsverlust wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt des utopischen Alleingangs sollte der eingeschlagene Weg der internationalen Zusammenarbeit weiterverfolgt und ausgebaut werden.

«Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde.»

Wohlstandsniveau eines Entwicklungslandes droht

Aktuell haben 15 Länder einen planetaren Fussabdruck von unter einer Erde und erfüllen somit die Anforderungen der Initiative. Darunter findet man Länder wie Afghanistan, Haïti und Madagaskar. Diese Länder haben nicht eine effiziente Ressourcennutzung, sondern ein extrem tiefes Wohlstandsniveau aufgrund schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist durchschnittlich 80-mal kleiner als diejenige der Schweiz, und trotzdem ist der ökologische Fussabdruck in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern (siehe Grafik oben).

Die Initiative trifft alle – und kommt einer sozialpolitischen Bombe gleich

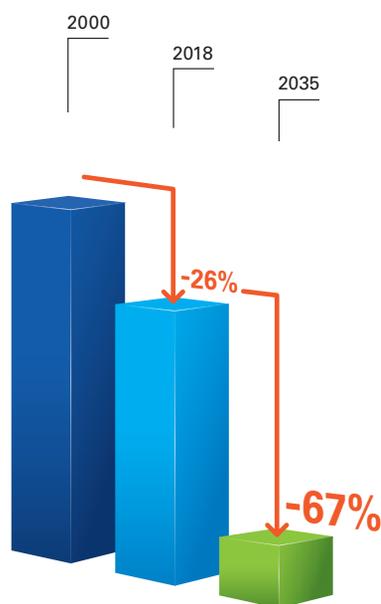
Die Initianten sprechen davon, dass «Profitkonzerne jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten müssen». Sie verschweigen aber gerne, dass die Auswirkungen der Initiative die Ärmsten am meisten treffen. Zum einen explodieren die Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel, zum anderen müssten staatliche Leistungen radikal gekürzt werden, weil dem Staat die Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren müsste. Dies bekräftigte auch Babette Sigg Frank (Konsumentenforum) an der überparteilichen Medienkonferenz am 16. Dezember: «Die Initiative ist ein absoluter Kaufkraftkiller: Explodierende Preise und leere Regale wären die Folge.»

Konsumverzichte und staatliche Eingriffe

Die Forderung der Initiative, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67% reduzieren muss, kann nur mit Konsumverzicht und Staatsmassnahmen erreicht werden (siehe Grafik: Radikaler Zeitplan unten).

Radikaler Zeitplan

Gesamtumweltbelastung



In den letzten 18 Jahren wurde die Gesamtumweltbelastung um 26 Prozent gesenkt. Mit dem Öko-Diktat soll er innert 10 Jahren um 67 Prozent gesenkt werden. Das ist utopisch.

Quelle: Treeze GmbH & EBP Schweiz AG. (2022). Umwelt-Fussabdrücke der Schweiz: Entwicklung zwischen 2000 und 2018. Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)

Der Footprint-Rechner von WWF zeigt auf, mit welchen Massnahmen ein Fussabdruck von 1 oder darunter erreichbar wäre: Verzicht auf tierische Produkte wie Käse, Milch, Eier oder

«Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen oder was wir essen.»

Fleisch. Verzicht auf Autofahren und Fliegen, der öffentliche Verkehr wäre nur noch situativ möglich, mit der Konsequenz, dass man sich nur noch mit dem Velo oder zu Fuss fortbewegen kann. Weiter dürfte man nicht mehr als 20 Franken pro Monat für Bekleidung und nicht mehr als 50 Franken pro Monat für die Freizeit ausgeben. Zudem bräuchte es Zwangssanierungen von Gebäuden, vorgegebene Raumtemperaturen, Verzicht auf «unnötige» Geräte wie Tumbler oder einen zusätzlichen Gefrierschrank.

Der Konsum ist nicht einfach nur Konsum, sondern auch ein Stück Freiheit für mündige Bürger und Bürgerinnen: Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen, was wir essen oder welche Freizeitaktivitäten wir pflegen. Das soll uns keine ideologische Partei mit einer verfehlten Volksinitiative vorschreiben.

Die Schweiz ist auf gutem Weg

Die Initiative ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unnötig. Die mit der Umweltverantwortung verbundenen Grundsätze sind bereits in unserer Verfassung verankert. So ist die Schweiz in Artikel 73 in der Bundesverfassung verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits» anzustreben.

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.

Diese wurde von den Jungen Grünen eingereicht und wird von linken Parteien und Umweltverbänden unterstützt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses innert 10 Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Das bedeutet, dass die Schweizer Bevölkerung ihren ökologischen Fussabdruck so weit reduzieren muss, dass alle Menschen auf der Welt gleich viele Ressourcen verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen.

Wir sind auf einem guten Weg: Der Schweiz ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Die Schweiz hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt. Durch Fortschritt und Innovation werden wir immer näher an die planetaren Grenzen rücken. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne erhebliche Rückschritte in Kauf zu nehmen.

Die Initiative gefährdet das Wohlergehen der hoch innovativen Schweiz, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind innovative Unternehmen und internationale Abstimmungen die beste Lösung.



Nadine Racine,
Campaignerin

Die Umweltpolitiker der FDP sagen Nein

zur schädlichen Verarmungsinitiative



Christian Wasserfallen,
Nationalrat aus dem
Kanton Bern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Verarmungsinitiative will die Schweiz innerhalb von 10 Jahren zu einem Entwicklungsland degradieren. Unsere Wirtschaft würde auf den Stand von Ländern wie Haiti oder Angola schrumpfen. Wohlstand und soziale Errungenschaften sind damit in akuter Gefahr. Ökosozialismus und Konsumverbote will niemand.»



Thierry Burkart,
Ständerat aus dem
Kanton Aargau und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Eine Annahme dieser Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU zur Folge. Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar erfüllen die Anforderungen der Initiative. Wollen wir dieses Niveau für die Schweiz? Nein, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen.»



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin aus dem
Kanton St. Gallen und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Selbstverständlich ist mit Ressourcen schonend umzugehen. Ein Blick auf die Welt zeigt aber, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch nicht ein Zeichen von Nachhaltigkeit, sondern eines von Armut ist.

Die wenigen Länder, welche die Initiative erfüllen, sind keine Vorreiter der Nachhaltigkeit. Die Menschen dort leben vielmehr aus purer Not innerhalb dieser Grenzen. Dies kann für uns kein Ziel sein. Mit Innovation und Fortschritt werden wir aber den eingeschlagenen Weg zu mehr Effizienz fortsetzen.»



Damian Müller,
Ständerat aus dem
Kanton Luzern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Umweltverantwortungsinitiative stellt eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit drastischen Konsumreduktionen von 67 Prozent fordert sie ein unrealistisches Mass an Einschnitten, das Unternehmen zu tiefgreifenden Umstellungen zwingt. Branchen wie Mobilität, Ernährung und Wohnen würden durch Verbote und extreme Kostensteigerungen nahezu lahmgelegt. Das bedeutet weniger Innovation, Arbeitsplatzverluste und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.»

**Hilf mit
das Öko-Diktat
zu stoppen!**

nein-zur-verarmungsinitiative.ch

RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!



GRIB

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Bettina Balmer, Pascal Broulis und Simone Gianini dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



**Nationalrätin
Bettina Balmer
ZH**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Es gibt noch mehr Politik in meinem Leben. Der neue Arbeitsort in Bern bedeutet, dass ich häufig mit dem Zug unterwegs bin. Beruflich arbeite ich weiterhin zu 50 Prozent als Kinderchirurgin auf einer Notfallstation in Zürich und bin froh, dass sich mein Dienstplan mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Die Koordination aller Termine ist manchmal eine echte Herausforderung, aber meine persönliche Mitarbeiterin unterstützt mich tatkräftig dabei, alles unter einen Hut zu bringen.

Sie sind Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst. Die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation sowie die Kulturbotschaft legen die Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 in den entsprechenden Bereichen fest. Ich persönlich finde Bildung und Kunst wichtig, denke aber, dass der Spagat zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Machbaren auch hier eine grosse Herausforderung darstellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist zentral.

«Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst.»

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrätin?

Ein Höhepunkt war sicher die erste Session: So viele Eindrücke! Die Vereidigung war sehr feierlich und die Bundesratswahlen haben gezeigt, dass man jetzt mittendrin ist. Besonders gefällt mir, dass man als Nationalrätin wirklich etwas bewegen kann. Ich habe dazu beigetragen, dass monoklonale Antikörper gegen RSV, also ein Schutz gegen die häufigen und für Säuglinge und Kleinkinder gefährlichen Atemwegsinfektionen, noch in diesem Winter zur Verfügung stehen. Das erspart viel Leid und durch weniger Krankenhausaufenthalte auch Kosten.



Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation



**Ständerat
Pascal Broulis
VD**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Wegen der vielen Kommissionssitzungen reise ich oft nach Bern und übernachtete dort. Das verändert meine Gewohnheiten. Das Umfeld im Bundeshaus und die Stadt Bern sind zum Glück sehr angenehm. Dank meiner 20-jährigen Erfahrung in der kantonalen Exekutive kannte ich die Mechanismen der Bundespolitik bereits vor meiner Wahl in den Ständerat. Als Parlamentarier bin ich aber neu ein Akteur der Bundespolitik. Das hat meine Rolle verändert.

Als Ständerat sind Sie verschiedenen Kommissionen beigetreten, darunter der Finanzkommission. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Wir leben in einer Zeit permanenter Unsicherheit. Militärische, geopolitische und finanzielle Krisen reihen sich aneinander. Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.

Damit erhalten wir uns die nötige Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen Umfeld. Die Schuldenbremse ist deshalb einzuhalten. In ihrem Rahmen muss es uns gelingen, die Sozialwerke – insbesondere die AHV – nachhaltig zu finanzieren, und wir müssen die Armee stärken. Dafür setze ich mich ein. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Stärke unseres Landes in seiner Vielfalt und seinem föderalen Zusammenhalt liegt.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Ständerat?

Zwei Dinge fallen mir sofort ein: die ausgezeichnete Atmosphäre in der kleinen Kammer und der gegenseitige Respekt unter den Ständeratskolleginnen und -kollegen. Als Waadtländer Ständerat habe ich einen starken Bezug zu den Behörden und Institutionen meines Heimatkantons. Als Kompass für meine Arbeit dienen mir die Werte Freiheit und Verantwortung, die wir als FDP teilen.

«Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.»



**Nationalrat
Simone Gianini
TI**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Vor einem Jahr bin ich als Vizebürgermeister der Stadt Bellinzona ins nationale Parlament eingezogen. Die Arbeit im Bundeshaus erfordert einen Perspektivenwechsel: Weg vom Tagesgeschäft einer lokalen Exekutive, hin zu einer langfristigen Perspektive auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu früher bin ich nicht mehr jeden Abend bei meiner Frau und meinen drei Kindern, und ich musste mich neu organisieren, damit ich auch von Bern aus meiner Arbeit als Anwalt nachgehen kann.

Sie sind Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Die Rechtskommission ermöglicht einen interdisziplinären Blick auf gesellschaftliche Themen. Als Jurist konnte ich mich sofort in die Arbeit einbringen und wichtige Entscheide mittragen. Nach dem umstrittenen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

nen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Sicherlich der Tag der Vereidigung: feierlich und patriotisch. Aber auch der Moment, als das Plenum zum ersten Mal einen meiner Minderheitsanträge angenommen hat, war etwas Besonderes. In diesem Moment habe ich wirklich gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann. Ich hatte auch das Privileg, die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero zu moderieren. Es war eine wichtige Gelegenheit, das Engagement der vielen Tessiner Freisinnigen für unsere Partei zu zeigen.

«Ich habe gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann.»

Bild: AdobeStock



Im vergangenen Jahr haben uns die linken und statistischen Parteien ihre Macht bewiesen: Mit ausgeklügelten Digital-Kampagnen ist es ihnen gelungen, uns Mehrausgaben in Milliardenhöhe aufzudrücken, zentrale Infrastrukturprojekte zu blockieren und überfällige Reformen unserer Sozialwerke zu verhindern.

Über E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Social-Media-Videos erreichten sie die Menschen zielgerichtet und schafften es, ihre Botschaften – auch wenn deren Wahrheitsgehalt teilweise mehr als fragwürdig war – erfolgreich zu platzieren. Mit erheblichen Folgen für das Portemonnaie von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Schon lange ist unsere politische Konkurrenz in einen Dauerwahlkampf übergegangen. Sie kämpft nicht nur von Abstimmung zu Abstimmung und

**«Wir brauchen
schleunigst eine
durchgängige digitale
Kampagnen-
infrastruktur.»**

in den Monaten vor den Wahlen, sondern wiederholt ihre Botschaften tagein, tagaus. Mit immer grösserer Reichweite und – gemessen an den jüngsten Abstimmungsergebnissen – mit zunehmendem Zuspruch.

Höchste Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und dem schleichenden Linksdraft entschlossen und mit Kampfgeist zu begegnen. Denn die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat gezeigt: Auch wir können digital mobilisieren. Inert kürzester Zeit konnten wir über 40000 Menschen davon überzeugen, mit uns gegen den Griff des Staates nach den Vorsorgevermögen zu kämpfen.

Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen. Wir brauchen schnelligst eine durchgängige digitale Kampagneninfrastruktur, die uns ermöglicht, die erfolgreiche

Petition zu skalieren und die Menschen noch gezielter auf den Themen abzuholen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

Tocco – das digitale Rückgrat der FDP

Die heutige Mitgliederdatenbank der FDP ist überholt. Sie stammt noch aus dem Jahr 2007, ist also älter als das erste iPhone. Einen personalisierten Versand von E-Mails? Fehlanzeige. Betreuung von Spendern? Nicht möglich.

Der Fall ist klar: Wir brauchen eine neue Datenbank!

Die FDP möchte das veraltete Tool so rasch wie möglich mit Tocco, einer bewährten Schweizer Datenbank-Lösung, ersetzen. Dieses zeitgemässe Werkzeug ermöglicht der FDP ein zielgerichtetes Newsletter-Marketing, garantiert ein professionelles Fundraising und steigert die entscheidende Mobilisierung zu Abstimmungen und Wahlen.

Kurzum: Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.

«Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.»

Aus dem FDP-Maschinenraum

Die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat richtig Spass gemacht! In einer Nachtschicht setzte ich die Infrastruktur auf, damit wir möglichst rasch live gehen konnten. Kurz vor der Veröffentlichung zeigte meine Smartwatch einen Puls an, den ich sonst nur vom Sport her kenne – so aufgeregt war ich. Als dann die Zahl der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Minutentakt in Hunderterschritten stieg, traute ich meinen Augen nicht. Über 40000 Personen sollten es am Schluss sein. Ein Grosse Erfolg für die FDP!

Lukas Ächerli,
Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Mit Ihrer Spende für das Projekt TOCCO ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN:
Datenmigration für 50 Parteimitglieder
- 100 FRANKEN:
Schulung einer Ortspartei im neuen Tool
- 250 FRANKEN:
Erstellung einer Briefvorlage (beispielsweise für eine Spendenbestätigung)
- 1000 FRANKEN:
Programmierung einer neuen Schnittstelle, beispielsweise für den personalisierten Versand des Präsidentenmails



Hier geht's zur
Donation-Page
(inkl. Twint).



Lukas Ächerli, Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Bild: iStock



Staatsdividende – jetzt!

Warum Steuerzahlende an staatlichen Haushaltsüberschüssen partizipieren sollen.

Der Kanton Basel-Stadt schwimmt im Geld, während die Steuerbelastung insbesondere beim Mittelstand schweizweit zu den höchsten zählt. Eine groteske Situation, welche nun dank eines innovativen Vorstosses aus dem Kreis der FDP künftig zumindest teilweise entschärft werden kann.

Die Krux mit der Steuersenkung trotz Einnahmeüberschüssen

Zugegebenermassen hat Basel-Stadt ein Luxusproblem. Der Kanton weist seit Jahren Überschüsse in Millionenhöhe aus. Die Verschuldung konnte dadurch seit Mitte der Nullerjahre erheblich reduziert werden, und selbst die 2019 eingeführte Unternehmenssteuerreform hatte wider Erwarten keinen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen, im Gegenteil. 2023 wies der Kanton einen Überschuss von 423 Millionen Franken aus. Die wiederkehrenden Millionenüberschüsse wecken aber verständlicherweise Begehrlichkeiten. Folgerichtig wären zur Eindämmung der Überschüsse Steuersenkungen angebracht, wie sie von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert werden. Solche Vorhaben scheitern jedoch in Basel-Stadt am zähen Widerstand der Linken. Diese bevorzugen alternativ chronischen Staatsausbau, verbunden mit Ausgabenerhöhung à gogo. Leidtragend ist und bleibt der steuerzahlende Mittelstand, liegt Basel doch bei der Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich immer noch ganz weit hinten.

Rückerstattung von Überschüssen als möglicher Mittelweg

Was also tun? Eine mögliche Lösung läge eben darin, das Pferd stattdessen von hinten aufzuzäumen. Anstatt weiter den beschwerlichen politischen Weg für Steuersenkungen zu beschreiten, habe ich in einem Essay die Idee der Überschussrückvergütung beschrieben, wie künftig die Steuerzahlenden an den kantonalen Haushaltsüberschüssen teilhaben können. Dabei geht es simpel ausgedrückt um eine Art Dividende, welche der Kanton an die Steuerzahlenden ausrichtet, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind.

Avenir Suisse hat den Vorschlag zu Beginn dieses Jahres in der Publikation «Budgetierung ausser Rand und Band» aufgenommen. Der Ansatz zur Rückerstattung von Haushaltsüberschüssen wurde daraufhin sowohl in den Medien wie auch politisch weitherum diskutiert.

Parlamentsentscheid macht Basel-Stadt zum First Mover

In Basel haben wir den Schwung aus diesem Diskurs im Februar 2024 genutzt und den Vorschlag in Form

einer Motion in den Grossen Rat gebracht. Dabei wurde auch bereits die konkrete Umsetzung formuliert. Diese sieht vor, dass bei vorhandener negativer Nettoverschuldung die kantonalen Überschüsse zu maximal 80 Prozent und proportional zum individuellen Steueraufkommen an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden können. Unterstützt wurde der Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Parteien bis hin zur GLP. Jedoch überrascht aber, dass auch die Regierung die Motion entgegennahm und selbst die SP-Fraktion für die Erstüberweisung stimmte.

Nachdem im Oktober auch die Zweitüberweisung erfolgreich vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, darf die Regierung um SP-Finanzministerin Tanja Soland nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Sie meinte in der Ratsdebatte dazu gar: «Meine Mitarbeitenden hätten sicher Freude daran, eine solche Vorlage auszuarbeiten.»

Es geschehen selbst am Rheinknie hin und wieder noch Zeichen und Wunder.



Christian C. Moesch, Grossrat FDP Basel-Stadt

Revision des Luftfahrtgesetzes

Schützen wir unseren Wohlstand!

Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung sind die Treiber der internationalen Mobilität. Trotz steigender Passagierzahlen verbleibt die Anzahl der Flugbewegungen konstant. Dennoch stehen die Landesflughäfen unter politischem Druck. Ein Überblick über Nutzen und Herausforderungen.

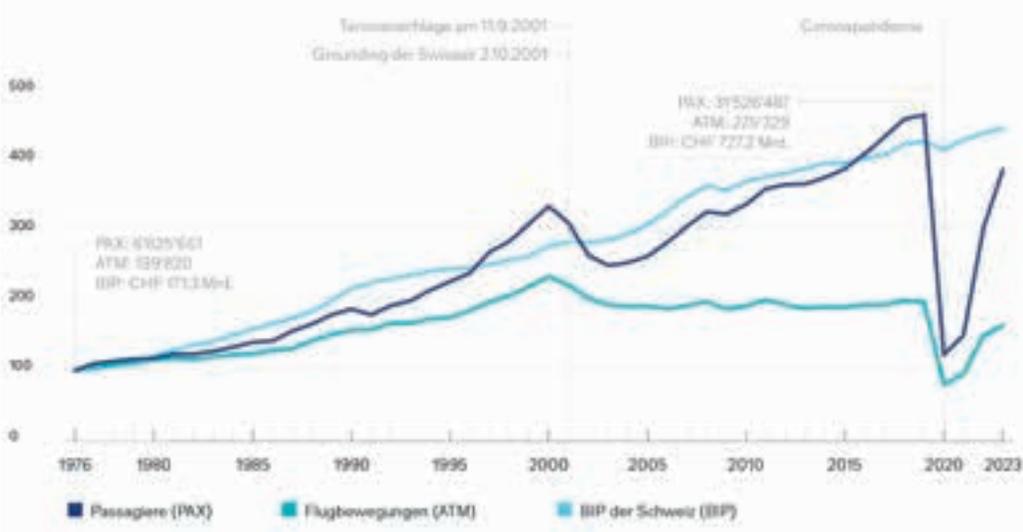
Die Landesflughäfen binden mit rund 60 Millionen Passagieren im Jahr die Schweiz mit der Welt an. Sie sind von elementarer Bedeutung für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und ermöglichen unseren Wohlstand. Denn die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung der Schweiz sind und bleiben die Treiber des Bedarfs nach internationaler Mobilität. Das verdeutlicht die Grafik: Die Passagierzahlen am Flughafen Zürich entwickeln sich entlang des BIPs. Bemerkenswert dabei: Die Anzahl Flugbewegungen weisen ein bedeutend flacheres Wachstum auf als die Passagierentwicklung. Der Grund sind grössere Flugzeuge und eine höhere Auslastung, mit welcher der beträchtliche Anstieg des Passagieraufkommens in den letzten beiden Jahrzehnten bewältigt werden konnte.

Die Bedeutung der Landesflughäfen ist auch an einigen Zahlen festzuhalten. 35% der ausländischen Gäste erreichen die Schweiz per Flugzeug und jährlich werden mehr als 50% der wertmässigen Schweizer Exporte per Luftfracht abgefertigt. Der Flughafen Zürich agiert dabei als einziges interkontinentales Luftverkehrs-Drehkreuz und bindet unser Land an die wichtigsten Metropolen der Welt an. Gute Verkehrsanbindungen zählen für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft zu den wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. 2024 sind über 200 Destinationen in 70 Ländern direkt von Zürich aus erreichbar. Und 44% der europäischen Wirtschaftsstandorte sind dank des Flughafens innerhalb von dreieinhalb Stunden erreichbar, ohne den Flughafen sind es lediglich 11%.

Wohlstand entsteht durch Handel. Und Handel basiert auf funktionierenden Verkehrsrouten. Das war vor 3000 Jahren schon so und gilt heute noch. Nur die Art des Verkehrsmittels und die globale Reichweite haben sich seither verändert. Deshalb ist ein Flughafen heute wichtiger als die geostrategische Lage des Seehafens. Zum Glück für die Schweiz.

Zum Glück auch für den Kanton Zürich. Denn die Flughafenstadt ist mit über 30000 Arbeitsplätzen

Die Luftfahrt erfüllt das Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft



bei über 300 Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Kanton. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über 7 Milliarden Franken trägt das Flughafensystem rund 4,5% des kantonalen BIPs bei – die Einkommensverwendung induziert eine zusätzliche Wertschöpfung von 8,4 Milliarden Franken. Diese wirken sich bis weit in die benachbarten Kantone und die Grenzregion aus. Dazu werden täglich rund 1 Million Franken in die Erneuerung, den Ersatz und die Weiterentwicklung der Infrastruktur investiert.

Der Flughafen Zürich ist ein Wirtschaftsmotor und gemäss Bundesrat «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht er die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Dazu gehört der

Erhalt der aktuellen Betriebszeiten sowie die Lösung des Widerspruchs zwischen Flugbetrieb und Bevölkerungsentwicklung, damit der Anschluss der Schweiz an die Weltmärkte und damit unser Wohlstand auch in Zukunft sichergestellt sind.



Andrew Karim,
Vorstandsmitglied bei der FDP Winterthur und arbeitet für die Flughafen Zürich AG

NEIN zur Preisexplosion

Eidg. Abstimmung
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

NEIN!



~~CHF 4.10.-~~

13.-